

INFOPERU Nr. 34

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

24. Februar 2015

Inhaltsverzeichnis:

- 1. Editorial InfoPeru 34
- 2. Peru-Seminar zu Wirtschaftsalternativen
- 3. Thomas Fatheuer: Wider die Ökonomisierung der Natur
- 4. Nicht das Klima ändern, sondern das System eine Bilanz der COP20
- 5. Die Weltklimakonferenz aus Sicht der Indigenas
- 6. Steinmaier: 24-Stunden-Besuch in Peru
- 7. Jugendprotest: das Sommermärchen von Lima
- 8. Korruptionsbekämpfung: "Wir haben in Peru die Lektion nicht gelernt"
- 9. Holzmafia in Peru
- 10. Erdgas: Pro und Contra
- 11. Verschiedenes: Regionalwahlen Unkontaktierte Indigenas
- 12. Veranstaltungen

1. Editorial InfoPeru No 34

Liebe Leserinnen und Leser des InfoPeru,

Dezember und Januar sind in Peru die langen Sommermonate mit Ferien, Strand, Sonne an der Küste (und Regen in der Sierra). Ein politisches Sommerloch gab es dieses Mal jedoch nicht. Dafür sorgten die Jugendlichen: ihr Protest gegen eine Beschneidung ihrer Arbeitsrechte begann vor Weihnachten und endete Ende Januar mit der Rücknahme des Gesetzes. Ein peruanisches Sommermärchen, über das einer ihrer Protagonisten, der Nachwuchsjournaliste Hernán Padilla in diesem InfoPeru berichtet.

Der – für Lima – ferne Regenwald schaffte es in diesem Sommer ebenfalls in die Schlagzeilen. Während Bergbaukonflikte seit Jahren die öffentliche Meinung beschäftigen, war es um die langjährige Erdöl- und Erdgasförderung im Regenwald recht still. Dabei ist die Erdölförderung alles andere als sauber – nach Jahren noch tritt Erdöl aus den Bohrloechern und verschmutzt das Wasser und die Böden weithin. Dieses Mal wollten die Indigenas die Erdölfirmen nicht einfach davonkommen lassen. Kurz bevor ihre Konzession ablief – und damit die Verantwortung, für die Altlasten aufzukommen – besetzten Indigenas von den Flüssen Tigre und Corrientes die Erdölfelder

der argentinischen Firma Pluspetrol. Sie verlangen die Sanierung der verschmutzten Böden und Gewässer, sowie eine Ausgleichszahlung für die Nutzniessung des indigenen Gemeinschaftslandes.

Während in Peru (und ganz Südamerika) der grosse Rohstoffboom zu Ende geht, oder sich zumindest in gemässigteren Fahrwassern bewegt, bleibt Südamerika für deutsche Politik und Wirtschaft interessant. Der deutsche Aussenminister Frank-Walter Steinmaier liess es sich trotz Ukrainekrise nicht nehmen, Mitte Februar die Länder Brasilien, Peru und Kolumbien zu besuchen. Der Aufenthalt in Lima dauerte gerade mal 24 Stunden und sollte die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern stärken – durchaus auch mit Seitenblick auf China, das Deutschland an Investitionen in Peru um Längen schlägt. Im März wird übrigens Bundespräsident Gauck in Peru erwartet.

Die Themen Landwirtschaft und Energie werden das Peru-Seminar der Infostelle vom 24. – 26. April 2015 bestimmen. Welche Alternativen gibt es zu den geplanten Grossprojekten im Energiebereich oder zu den grossen Agrarplantagen, die für den Export produzieren? Ausserdem gibt es viele frische Infos zu Peru, den Film "Caminantes de memoria" über die Kinder der Bürgerkriegsopfer und vieles mehr. Alle Peru-Interessierten sind herzlich nach Köln eingeladen.

Ein freudiges Ereignis war das 30-jährige Jubilaeum unserer Partnerorganisation "Coordinadora Nacional de Derechos Humanos". Die Coordinadora, wie sie auch einfach genannt wird, ist in Lateinamerika legendär für ihre Schlagkraft bei der Verteidigung der Menschenrechte. Und es mag wohl kein Zufall sein, dass alle fünf Hauptrednerinnen beim Festakt Frauen waren – so wie auch die Generalsekretärinnen weit über die Grenzen Perus Massstäbe im Menschrechtsengagement gesetzt haben. Man denke nur an Pilar Coll, Susana Villarán, Sofia Macher oder – heute – Rocio Silva Santisteban. Herzlichen Glückwunsch den mutigen Frauen und Männern der Coordinadora!

Und schliesslich noch ein Hinweis in eigener Sache: wenn Sie aktuell informiert werden wollen über Peru-Ereignisse, besuchen Sie die Informationsstelle Peru in Twitter und Facebook!

Hildegard Willer

(Redakteurin InfoPeru)

2. Peru-Seminar zu Wirtschaftsalternativen

Vom **24.** – **26. April 2015** findet das Peru-Seminar der Infostelle in Köln statt. Das diesjährige Thema lautet: "Größenwahn, Exportorientierung – gibt es machbare Alternativen?" In der Landwirtschaft Perus setzen Agrar-Investoren und Staat auf Exportproduktion, Landkonzentration und Landverluste von Kleinbauern sind die Folge. An der Küste wird dadurch das Wasser knapp, die in den Monokulturen eingesetzten Agrarchemikalien verseuchen Wasser und Böden. Auch der Regenwald wird durch Ölpalm- und Soja-Kulturen weiter zerstört. Die Nachfrage nach diesen Produkten kommt auch aus Deutschland.

Auch Energie wird in Peru für den Export erzeugt: Die Ölförderung hinterlässt schwere Verwüstungen im Regenwald, die für den Energiebedarf Brasiliens geplanten Wasserkraftwerke setzen den Zerstörungs-prozess fort. Der rasch fortschreitende Anbau von Palmöl und Zuckerrohr für Ethanol zeigt bereits jetzt Konsequenzen für den Regenwald und die Landwirtschaft an der Küste. Gleichzeitig ist die Bevölkerung vielfach schlecht mit Energie versorgt.

Welche Vorschläge und Alternativen gibt es dazu von Seiten der Zivilgesellschaft in Peru? Wie müsste die peruanische Landwirtschaft aussehen, die die Bevölkerung ausreichend mit Nahrung versorgt und Beschäftigung zu guten Lebensbedingungen ermöglicht? Wie sollte die Erzeugung von Energie aussehen, die die Bevölkerung versorgt und umweltfreundlich ist?

Und was bedeutet das alles für uns?

Wie müssen sich die europäische Land- und Energiewirtschaft, unser Energie- und Nahrungsmittel-Konsum verändern?

Was kann unsere politische Arbeit dazu beitragen?

Es erwartet Sie/Euch eine anregende Diskussion und die fachkundigen Referenten Giancarlo Castiglione Guerra, Forum Solidaridad Perú (Lima) und Wolfgang Hees, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Via Campesina (Eichstetten)

Info und Anmeldung: merk@infostelle-peru.de

Detailliertes Programm zum Herunterladen: <u>AusschrPeruSem0415.flyer</u>

3. Thomas Fatheuer: Wider die Ökonomisierung des Regenwaldes

Dürfen im Namen der Eindämmung des Klimawandels Land- und Buergerrechte ausgehebelt werden? Der Soziologe Thomas Fatheuer ist einer der scharfsinnigsten Kritiker von Ausgleichszahlungen an Indigenen. Er warnt vor den Folgen einer Vermarktung von Natur im Rahmen des CO2-Marktes. *InfoPeru* sprach mit Thomas Fatheuer während der Weltklimakonferenz in Lima.

Infoperu: Stolz präsentierte die Indigena-Organisation AIDESEP während der Weltklimakonferenz im Dezember in Lima mit einer Studie, wieviel CO2-Ausstoss durch die Indigenas als Waldschützer eingespart wird. AIDESEP wollte damit die Bedeutung der Indigenas für die Erhaltung des Regenwaldes mit naturwissenschaftlichen Argumenten unterstreichen. Was soll daran schlecht sein, wenn der Beitrag der Indigenas fuer die Reduktion des CO2-Ausstosses gewürdigt wird?

Thomas Fatheuer: Daran ist erstmal natürlich nichts schlecht, bedenklich wird es aber, wenn die Existenzrechte von Indigenen an ihren Beitrag zur CO2-Reduktion geknüpft werden. Wenn sie kein CO2 reduzieren, haben sie dann kein eigenständiges Existenzrecht im Amazonasbecken und auch kein Recht auf Land? Die Bürgerrechte indigener Völker und ihr Zugang zu staatlichen Dienstleistungen wie Gesundheit und Erziehung könnten zunehmend an die Reduktionsleistung geknüpft werden. Die Natur wird quantifiziert und messbar und dem Markt untergordnet. Und die Indigenen müssten zu Quoten-Händlern im internationalen "Carbon Market" werden – das sind die Gefahren, auf die die Kritiker von REDD hinweisen.

Infoperu: Welche konkreten Folgen haben die Waldausgleichszahlungen fuer die indigenen Völker ?

Thomas Fatheuer: Die Diskussion um REDD hat bereits jetzt einen Keil zwischen die indigenen Völker Südamerikas getrieben. Es wird Gebiete mit grossen und kleinen CO2-Reservorien geben

und danach werden sich die Einkommensquellen der Indigenas messen.

Infoperu: Die Indigenas haben ein erweitertes Waldschutzabkommenunter dem Namen Indigenes REDD + vorgeschlagen. Was ist darin anders im Vergleich zum herkömmlichen REDD?

Thomas Fatheuer: Das indigene REDD+ verbietet, mit privaten Investoren Waldschutzverträge zu schliessen und will somit einem möglichen privaten Ausverkauf des Amazonas vorbeugen. Ausgleichszahlungen sollen über öffentliche Fonds geleistet werden, wie etwa der Amazonasfond in Brasilien. Dessen grösste Geldgeber sind Norwegen und Deutschland, verwaltet wird er von der brasilianischen Entwicklungsbank BNDES.

InfoPeru: Wie könnte eine Alternative aussehen, die sowohl die Abholzung des Amazonas verhindert und zugleich die Bürgerrechte der Indigenas, unabhängig von einem Marktmechanismus, stärkt?

Thomas Fatheuer: Brasilien zum Beispiel konnte in den letzten Jahre die Entwaldungsraten deutlich reduzieren , aber nicht durch den CO2-Handel, sondern durch verstärkten Waldschutz und Vorgehen gegen illegale Holzfäller. Es muss dahin gehen, dass die Landrechte der Indigenas gestärkt werden.

InfoPeru: Indigena-Organisationen führen als Alternative oft das "*Buen Vivir*", die andine Lehre vom Guten Leben im Einklang mit der Mutter Erde an. Ist dies nur ein werbewirksamer Diskurs oder kann daraus wirklich ein Gegenmodell zum heutigen Wirtschaftssystem erwachsen?

Thomas Fatheuer: Das *Buen Vivir* stellt das harmonische Verhältnis von Gesellschaft und Natur in den Mittelpunkt und kritisiert das "Immer-Mehr-Wollen". Es will damit eine Alternative zum Wachstumsmodell unserer Wirtschaft sein. Allerdings gibt es nicht **DAS** *Buen Vivir*, sondern es kann je nach Kontext und historischem Moment anders aussehen. Das hat damit zu tun, wie wir wohnen, uns bewegen, was wir essen.

In Lateinamerika wird das *Buen Vivir* von Staatshäuptern wie Evo Morales und Rafael Correa leider zur politischen Legitimation benützt für eine Politik, die oft mit den Grundideen des *Buen Vivir* in Konflikt gerät.

InfoPeru: Deine Bilanz von der Weltklimakonferenz in Lima? Was hat sie gebracht? Thomas Fatheuer: Lima hat keine spektakulären politischen Schritte gebracht, es war eher eine Vorbereitung für den großen Schlusspunkt in Paris 2015. Es wird aber immer mehr sichtbar, wohin der Zug geht: das in Paris zu verabschiedende Abkommen wird auf Selbstverpflichtungen der einzelnen Staaten beruhen und damit recht unverbindlich bleiben. Marktmechanismen werden sicherlich ein große Rolle spielen.

Das Interview führte Hildegard Willer

4. Nicht das Klima ändern, sondern das System

Eine Nachbetrachtung zur Weltklimakonferenz COP 20 von Heinz Schulze

Vorbemerkung

Dieser Beitrag erhebt keinen Anspruch, alle Facetten der COP 20, zu evaluieren. Er ist außerdem aus Sicht der Informationsstelle Peru e.V. – und dann noch subjektiv – geschrieben. "Subjektiv" anhand von Rückmeldungen von der Zivilgesellschaft (Indigene, Umwelt- und Sozialorganisationen). Eine große Herausforderung war es, aus der Fülle der Beiträge (über 100

Seiten) eine kurze Nachbetrachtung zu erstellen.

Als Informationsstelle Peru hatten wir uns für die COP 20 folgende Schwerpunkte gesetzt: Den Blick auf das Austragungsland Peru zu legen und dabei "Licht und Schatten" im Reden und Tun zum Klimawandel unter die Lupe zu nehmen. Wir wollten den Blick auf die Situation der indigenen Völker im amazonischen Regenwald lenken (auch angesichts der Bedeutung des Regenwaldes für Peru), und wir wollten stärker unseren PartnerInnen eine Stimme und ein Gesicht geben.

Die von uns erstellte "Grundinformation zur COP 20" wurde an TeilnehmerInnen und Interessierte verschickt. Eine Vorstandskollegin der ISP war als Repräsentantin des "Instituts für Ökologie und Aktions-Ethnologie e. V. – INFOE" bei der COP 20 als Unterstützerin für indigene Organisationen tätig. Aktive, junge 14 KlimaReporteros, junge peruanische und deutsche Reporterinnen, die in Peru leben, informierten kenntnisreich direkt über umweltrelevante Themen.

Genörgel am Spielfeldrand?

Die deutsche Umweltministerin Barbara Hendricks erklärte in der Aussprache zur COP 20 am 19.12.14 im Bundestag:

"Die Ergebnisse von Lima sind besser als das Genörgel von Leuten am Spielfeldrand". Stimmt das so, oder erinnert das eher an Kommentare von Fußballspielern, deren Mannschaft verloren hat, im Sinne von: "Wenn wir vorne mehr Tore gemacht hätten und hinten nicht soviel zugelassen hätten, hätten wir gewinnen können" Hat hier jemand zu wenig nach vorne gearbeitet und jemand zu viel nach hinten – sprich: fehlende Zusagen – zugelassen? In Gesprächen mit Menschen, die sich für das Thema Klimawandel interessieren, war oft zu hören: Hätte man nicht auf das Treffen von Tausenden von Verantwortlichen, Experten und Delegierten und den durch deren Anreisen erfolgten CO-2-Ausstoß verzichten und das ganze als Telefonkonferenz abwickeln können?

Kommentare vom "Spielfeldrand"

Die meisten Kommentare wichtiger Organisationen gingen in die Richtung: Enttäuschend und gescheitert. So die Bilanz des Climate Action Network Latin America (CAN-LA): "Die Delegierten der teilnehmenden Staaten machten keine Klimaverhandlungen sondern WIRTSCHAFTSVERHANDLUNGEN; nicht, um das Leben zu schützen, sondern um die eigenen nationalen wirtschaftlichen Interessen zu schützen. Das wurde sichtbar: Es gab keine verbindlichen Zahlen, sondern nur die Aufforderung an die Staaten, ihre freiwilligen Beiträge zum Klimaschutz bis Oktober 2015 zu melden, ohne feste Regeln, wie der ausgemachte Begriff "wichtige Maßnahmen" dabei gefüllt werden soll. Die politische Kaste setzte sich erneut über die drängenden Forderungen der Klimawissenschaftler hinweg, sofort und intensiv zu handeln". (Servindi, 16.12.2014).

Eduardo Gudynas (Lateinamerikanisches Zentrum für Soziale Ökologie – CLAES, Uruguay) stellt die unverbindliche Wortwahl im Abschlussdokument heraus: Die Staaten würden "eingeladen" oder "ersucht". Gudynas stellt sich auch dem Tenor der traditionellen Medien entgegen, dass die Schwierigkeit bei den Verhandlungen dem Konflikt Nord gegen Süd geschuldet sei. Das gehe an der Realität vorbei. Natürlich hätten die industrialisierten Länder eine enorme Verantwortung bei der Verringerung vom CO-2-Ausstoß. Unzulässig sei es, wenn diese Staaten darauf bestünden, dass der Kampf gegen die Klimaerwärmung ein Geschäft für ihre Unternehmen sein müsse. (Stichworte REDD+ und "Grüne Ökonomie"). Genau so unverantwortlich sei der Vorschlag der Regierung Chinas, als größter CO-2- Produzent, erst 2030 mit der Reduzierung zu beginnen. Länder wie China, Brasilien, Indien etc. Würden mal als "Entwicklungsland", mal als wirtschaftliche Großmacht reden – und wollten keine finanziellen Ausgaben im Kampf gegen den Klimawandel machen. Auch erdölproduzierende Länder wie Saudi Arabien oder Venezuela müssten ihre Verantwortung übernehmen. Gudynas bemerkt, wie andere auch, dass es einen grundlegenden

Unterschied gäbe zwischen dem, was ihre VertreterInnen auf solchen Foren reden und dem, was sie zu Hause machten oder zuliessen.

Eduardo Gudynas über die Länder Peru, Bolivien und Kolumbien:

"Peru redete schön, während in der Realität neue Gesetze erlassen wurden, um Umweltkontrolle und -schutz noch stärker einzuschränken. Kolumbiens Präsident Santos hielt eine flammende Rede, quasi als Umweltschützer, erzählte aber z.B. nichts davon, dass er die Mittel für das Umweltministerium kürzte und der extraktiven Industrie erneut Erleichterungen gewährte". Bolivien, so Gudynas, würde sich ebenfalls schillernd darstellen.

Gudynas weist auf die "Sowohl (pro Mutter-Erde-Verfassung) als auch – Politik" von Evo Morales hin: Kriminalisierung von Umweltschützern, Pläne zur Errichtung eines Atomkraftwerkes, Pläne für eine massive Erdölproduktion im tropischen Regenwald.(Servindi, 17.12.2014).

Ecuador: mit zweierlei Mass

Am Beispiel der Politik Ecuadors liesse sich besonders gut zeigen, wie Reden und Tun auseinander gingen:

Auf der Fahrt zur COP 20 nach Lima wollten deutsche Bundestagsabgeordnete in Ekuador Gespräche mit den Kritikern des Yasuni-Nationalparks gegen die dortige Erdölförderung führen. Sie erhielten keine Einreisegenehmigung, weil sie das Ansehen Ecuadors negativ darstellen könnten. Zur Zeit der COP 20 selbst, kündigte die Regierung Ecuadors dem Indigenen Dachverband CONAIE dessen Gebäude in Quito, mit der Begründung: Die Räume werden für ein Projekt mit drogenabhängigen Jugendlichen benötigt.

Dagegen gab es Proteste und es kam zur "Besetzung" des Gebäudes durch die CONAIE. Am 6. Januar 2015 setzte die Regierung die Räumung vorerst aus. (Conaie Quito und Servindi, 7.1.15).

WenigeTage nach Ende der COP 20 beendete die Regierung Ecuadors die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Deutschland im Bereich des Umwelt-und Klimaschutzes, "weil deutsche Funktionsträger sich in die interne Politik eingemischt haben". Ecuador will 7 Millionen € Entwicklungshilfe plus angefallene Zinsen zurückzahlen. Dabei ist die wirtschaftliche Situation Ecuadors, bedingt auch durch den fallenden Erdölpreis, nicht gut. Warum Ecuador auf die Deutschen verzichtete, wurde bald bekannt: Kurz nach dem Rauswurf der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wurde bekannt: Ecuador unterschreibt mit dem russischen staatlichen Erdölkonzern Rosneft einen Vorvertrag über eine massive Erdölförderung im Regenwald. Darauf passt ein ecuadorianisches Sprichwort: Man entkleidet eine Heiligenfigur, um eine andere damit einzukleiden.

Weitere Kommentare

Winnie Byanyima (Direktorin von Oxfam International) kommentiert das Scheitern des Klimagipfels so: "Die Verhandlungsführer sind quasi im Boot an der Küste von Lima herum geschippert, ohne unterzugehen, aber die große Fahrt über den Ozean war das nicht". Sie bemängelt ebenfalls die totale Unverbindlichkeit, mit der Regierungen ihre Klimaschutz-Maßnahmen melden können. Sie betont als Erfolg die Aktivitäten der Zivilgesellschaft. Ihr Schlusskommentar: "Die Menschen sind es leid, dass feige Politiker, Bürokraten und Führer der Wirtschaft immer Ausflüchte bringen, um ihr Tun zu entschuldigen". (Servindi, Presseerklärung von Oxfam, Lima, 15.12.14).

Die Einschätzung von Germanwatch:

Sönke Kreft und Lutz Weischer (Teamleader Internationale Klimapolitik bei Germanwatch) sehen eine Möglichkeit für die COP 21 in einer Allianz zwischen der EU und "anderen progressiven Ländern". Und später schreiben sie, dass Länder wie Peru, Mexico oder Chile im Moment positiv aufgestellt sind. (Klimagipfel in Lima mit Sicht auf Paris, in Forum Umwelt und Entwicklung,

4/2014). Chile "positiv aufgestellt" – wo die letzten Wälder zerstört, die indigene Bevölkerung (Mapuche) vertrieben werden, zur "positiven Beispiel Peru" später mehr – und Mexiko ist positiv aufgestellt? Muss man sich nicht etwas erkundigen, wie die Realität in diesen Ländern aussieht? Für mich ist auch erstaunlich, dass mit keinem Wort die Forderungen der Indigenen und anderer Umweltgruppen während der COP 20 erwähnt werden. Es kann vorkommen, dass Lobbyisten der Zivilgesellschaft so sehr ins offizielle "Hamsterrad" geraten, dass man von "außen" nichts mitbekommt oder die lokalen NGOs für weniger wichtig erachtet als die Gespräche im offiziellen Teil.

Noch kurz erwähnt werden soll die Aktion von Greenpeace, in den Komplex der weltberühmten Linien von Nasca einzudringen und den Schriftzug Time for Change im dortigen Scharrbild des Kolibris anzubringen. Die Kritik des peruanischen Kulturministeriums ist verständlich. Diese Aktion wurde von den Medien in Peru ausgiebig kommentiert als Negativbeispiel für ein neokolonialistisches Gebahren der Umweltgruppen in Peru. Es wäre natürlich gut, wenn das Ministerium ebenso heftig reagieren würde, wenn illegale Goldsucher in der Wüste von Nasca tätig werden.

Eine Nachlese zum Gastgeberland Peru

Ein indigenes Sprichwort sagt "Auch die schönsten Worte nimmt der Wind mit".

Aufgrund seiner schizophrenen Politik in Sachen Umweltschutz (", nach außen hui, nach innen pfui") erhielt Peru vom Climate Action Network (CAN) den Negativpreis während der COP 20. Das muss genauer erklärt werden: Verantwortlich für die Verschlechterung im Umgang mit Mensch und Natur sind die "Pakete zur Ankurbelung der Wirtschaft".

Noch während der COP 20, ging die negative Arbeitsteilung in Perus Regierung weiter. Während der Umweltminister mit seinem Arbeitsstab sich freundlich und zuvorkommend für die Umwelt und nachhaltige Entwicklung einsetzte, arbeiteten seine Ministerkollegen und Präsident Humala an "harten Fakten".

Neben den Gesetzen zugunsten der Investitionstätigkeit von Konzernen wurden Nägel mit Köpfen gemacht. Beispielhaft:

Die staatliche Erdölfirma PETROPERU schrieb für sieben Regionen im Regenwald Angebote spez. für Erdölförderung aus. Sie haben mit der Veröffentlichung dieser Ausschreibung gewartet, bis die COP 20-TeilnehmerInnen das Land verlassen haben. Am 15.12.14 war es offiziell: Sieben größere "lotes" (Erdölfelder) wurden zur Erkundung und späteren möglichen Ausbeutung ausgeschrieben in den Regionen Loreto, Ucayali, Huancuco, Pasco, Junin und Madre de Dios.

Es geht dabei um viel Geld: 450 Millionen Dollar pro "lote", insgesamt um über 3 Milliarden Dollar. Großes Interesse meldeten Konzerne aus den USA, Kanada, Russland, auch aus Lateinamerika und Asien an. Petroperu liess verkünden, dass in allen Vorabgesprächen die dazu eingeladenen Indigenen großes Interesse an der Durchführung zeigten. Das darf aber angesichts der Proteste indigener Organisationen (aktuell in der Region Loreto) bezweifelt werden. (Inforegion, 16.12.14).

Grosse Defizite im Waldschutz

Auf vielen Veranstaltungen haben indigene VertreterInnen, wie die damalige Vizepräsidentin von AIDESEP, Daisy Zapata, immer wieder auf die schlimme Situation im Regenwald hingewiesen. Sie verwies u.a. auf eine Studie des Instituto del Buen Comun vom 75.282.100 Hektar Regenwald inzwischen 1.445.500 Hektar abgeholzt sind. (La voz de los indígenas, Lima, 15.12.14). Sie betonen, auch für die Zeit nach dem Klimagipfel in Peru, dass die indigenen Völker die beste Garantie für den Erhalt des Regenwaldes sind.

Das sieht Präsident Humala ganz anders. In einer Pressekonferenz erklärte er: "Ich bin nicht einverstanden, dass sie (die indigene Bevölkerung) – als Wächter der Wälder bezeichnet werden.

Zum Schutz der Wälder ist das staatliche Büro SERFOR (Servicio Forestal) mit seinem Rangern zuständig".

Gut, die angestellten Ranger fehlen, das SERFOR-Büro gibt es erst seit kurzer Zeit und in dieser Zeit hat die Abholzung zugenommen.

Wie schlecht es um den Umweltschutz steht und um die Gefährdungen durch den Klimawandel, das weiß auch Präsident Humala. In einer erneuten Studie von der peruanischen Regierung mit CEPAL (Comisión Económica para America Latina y Caribe) und der Interamerikanischen Entwicklungsbank wurde nochmals festgehalten: Fischerei, Viehzucht in den Hochanden und die Landwirtschaft werden die größten Verlierer des Klimawandels in Peru sein. (InfoRegion, 14.12.14)

Fromme Lügen

"Politiker lügen nicht. Es handelt sich meist um eine der Verschleierung dienende, nicht absolut authentische Aussage" (aus dem Oberbayern-Krimi: Rosen für eine Leichte).

In diese Kategorie fällt sicherlich auch folgende Aussage von Präsident Humala: Peru erzeuge fast 100% seiner Energie aus sauberer Energie. Seine Aufzählung beinhaltet: Windkraft, Solarenergie, Wasserenergie (ohne die entstehenden Treibhausgase bei großflächiger Überschwemmung z.B. vom Regenwald zu erwähnen) und aus sauberer Energie aus Erdgasvorkommen aus dem südlichen Regenwald.

Nebenbei bemerkt: Als großes Umweltprojekt betont er das Vorhaben "Recycling von, PET-Plastikflaschen" ohne ein effektives Konzept für eine vernünftige Abfallbeseitigung zu präsentieren. (El Comercio, 16.12.14).

Erwähnt werden soll auch kurz, dass Peru wegen der guten Durchführung der COP 20 die Vizepräsidentschaft der wohl weltweit größten Agentur für nachwachsende Energie (IRENA) übertragen wurde. Das geschah bei deren Generalversammlung 2015 in den Vereinten Arabischen Emiraten. Dort berichtete der peruanische Vizeminister für Energie, Edwin Quintanilla, über die Erfolge Perus im Bereich der zukunftsfähigen,, nachhaltigen Energie in Peru. Er berichtete auch von dem Vorhaben, 500.000 Einheiten für Solarenergie kaufen zu wollen. (Inforegion 21.1.2015).

Ausblick auf die COP 21 im Dezember 2015 in Paris

Auch das Internationale Forum der Indigenen Völker blickte auf den Klimagipfel 2015 in Paris. Dort, so die erste Forderung, müssten die indigenen Völker voll und effektiv teilnehmen können. In Paris gehe es weiter um die Themen: Sicherung indigenen Territoriums und die volle Anerkennung, dass die indigene Lebensweise den Regenwald und das Klima schützen (COICA, 14.12.14). Insgesamt muss es 2015 in Paris um grundsätzliche Fragen zum Lebensstil, zur Abkehr vom Diktat des Wachstums und dem Versprechen – gerade armen Ländern gegenüber auf "Entwicklung" – unter diesen Vorzeichen gehen.

Natürlich kosten Maßnahmen gegen den Klimawandel Geld. Dennoch ist die Einschätzung von z.B. Germanwatch, dass die Auffüllung des Grünen Klimafonds auf 10 Milliarden Dollar einen Erfolg darstelle, nicht unedingt nachvollziehbar.

Oilchange International und das Overseas Development Institut haben dazu folgende Zahlen errechnet: Die Länder, die Geld in den Grünen Klimafond einzahlen wollen, zahlen dreimal so viel an Subventionen an Konzerne für die Suche nach fossilen Rohstoffvorkommen als für die Klimafinanzierung. (priceofoil, exploration – finance, greenhouse, Dezember 2014). Indigene Organisationen fordern weiterhin, dass Mittel aus diesem Klimafond nur für solche Vorhaben ausgegeben werden dürfen, die zerstörte Umwelt wieder in Stand setzen; die den Waldschutz stärken und nicht einfach auf Wachstum setzen.

Warnung vor Bioökonomie

. Umweltschützer warnen vor der Lobby, die jetzt auf BIOÖKONOMIE setzt, darauf, dass die gleiche Menge an Verbrauch jetzt anstatt aus Erdöl aus nachwachsenden Rohstoffen möglich ist. Wenn jetzt Millionen "Plastikflaschen" aus Zuckerrohr oder Winterreifen aus der "Milch" vom Löwenzahl produziert werden soll, ist das keine Lösung.

Mike Hume sagt richtig: Der Klimawandel ist in erster Linie eine kulturelle Herausforderung. Rein technische Lösungen (und das Geschachere um finanzielle Beiträge, H. Schulze) greifen zu kurz und deshalb scheitern die großen Klimakonferenzen.

Deshalb gilt – natürlich nicht nur für die Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 "Nicht das Klima ist zu ändern sondern das System".

Heinz Schulze

5. Die Weltklimakonferenz aus Sicht der Indigenas

ISP-Vorstandsmitglied Elke Falley-Rothkopf unterstützte während der COP 20 in Lima die Vertretung der Indigenen des Amazonasbeckens COICA. Hier ihre Bilanz der Konferenz aus Sicht der Indigenas

Vom 1. bis in die Nacht des 13. Dezember 2014 fanden in Lima, Peru, die 20. UN-Klimaverhandlungen (Vertragsstaatenkonferenz / COP 20) statt, an denen das Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie (INFOE) erstmals als Nichtregierungsorganisation mit eigenem Beobachter-Status teilnahm und den Dachverband der indigenen Organisationen Amazoniens, die COICA, technisch unterstützte. Diese technische Unterstützung geht zurück auf die Studien und die Tagung zu den Rechten indigener Völker im Wald-Klimaschutz 2012. In deren Folge unterzeichnete Infoe und Coica 2013 in Quito eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit der COICA für die technische Unterstützung bei internationalen Verhandlungen und ähnlichen Prozessen sowie im Besonderen bei der Bekanntmachung und Unterstützung des indigenen Vorschlags zum Wald- und Klimaschutz, REDD+ Indígena Amazónico.

Als Vorstandsmitglied sowohl der Informationsstelle Peru als auch von INFOE reiste Elke Falley-Rothkopf bereits im Vorfeld der Verhandlungen an und konnte so zusammen mit dem Team von AIDESEP, dem peruanischen Mitgliedsverband der COICA, an der Koordination der Veranstaltungen und der DolmetscherInnen, sowie auf ausdrückliche Einladung durch die COICA, auch an der vorgeschalteten Konferenz zur Vorbereitung der COP im Ministerium für Kultur teilnehmen.

Insgesamt hatten COICA und AIDESEP **fünf große Blöcke** mit Aktivitäten und Veranstaltungen organisiert:

- 1. Die Vorbereitungskonferenz im Kulturministerium fand vom 26.-28.11.2014 statt. Neben Gesprächen mit nationalen Regierungsdelegationen wählte hierbei der Indigene Caucus aus den weltweiten Repräsentanten seinen Vorsitz für die COP 21: Alberto Pizango, der zu dem Zeitpunkt amtierende Präsident von AIDESEP, Peru, wurde zum Präsidenten des Caucus, als Vizepräsident Rodion Sulyandziga aus Sibirien, gewählt. Im Caucus wurden die gemeinsamen Ziele für die COP erarbeitet.
- 2. Hieran schlossen sich ab dem 1.12. auf dem offiziellen COP-Gelände die Durchführung des **Indigenen Caucus, Vorträge, Pressekonferenzen,** Betreuung der Ausstellung "Pabellón Indigena" in Zone F und des Stands Nr. 118 von COICA und AIDESEP in Zone G sowie natürlich

die Teilnahme an den Verhandlungen an. Da für die COICA und AIDESEP bei den Klimaverhandlungen quasi "vor ihrer Haustür" eine möglichst breite Beteiligung von RepräsentantInnen der indigenen Völker Amazoniens wichtig war, um ihrer spezifischen Situation und ihren Belangen eine möglichst starke Stimme zu verleihen, akkreditierte INFOE zwei Kollegen von COICA und AIDESEP. Ein Netzwerk deutscher Nichtregierungsorganisationen, die auch an der COP teilnahmen, half uns freundlicherweise bei der Zulassung weiterer indigener KollegInnen zu den offiziellen Verhandlungen.

- 3. Parallel zu den Aktivitäten auf dem nur mit Akkreditierung zugänglichen Campus der COP führten AIDESEP und COICA aber darüber hinaus zwei Wochen lang Veranstaltungen in einem eigenen Bereich für indigene Völker im einige Busminuten entfernten und für die breite Öffentlichkeit zugänglichen Gelände des Jockey Clubs durch. Dort befand sich die *Maloca* (Ausstellungs-Hütte) mit einer multimedialen Ausstellung zu Anliegen und Themen indigener Völker. Außerdem fanden hier täglich zwischen 10.00 und 18.00 Uhr Vorträge und kulturelle Veranstaltungen indigener Repräsentanten und Delegationen aus aller Welt statt. An die 300 indigene TeilnehmerInnen aus Amazonien von regionalen, nationalen und internationalen Dachverbänden, aber auch Basisorganisationen, die die COICA eingeladen hatte, informierten hier über die Bedeutung ihres traditionellen Wissens und ihrer Territorien für den Waldklimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel, sowie über die Bedrohungen, denen sich indigene Völker weltweit aufgrund der Ursachen des Klimawandels ausgesetzt sehen.
- 4. Als weitere öffentlichkeitswirksame Maßnahme mit Medienwirkung bildeten am 6. Dezember 2014 Hunderte Repräsentanten indigener Völker Amazoniens (z.B. der Shipibo, Asháninka, Achuar, Awajún, Kichwa und insbesondere aus der Comunidad Shipiba de Cantagallos, Lima) mit Vertretern von NRO am Strand von Agua Dulce in Lima eine Menschenkette, um auf die Bedeutung der Sicherung territorialer Rechte für die indigenen Völker zum Schutz der Wälder aufmerksam zu machen. Diese von Amazon Watch, COICA, AIDESEP u.a. organisierte Menschenkette sollte darüber hinaus an die vier im Juni in Peru ermordeten Asháninka erinnern. Auch an dieser Veranstaltung nahmen Elke Falley-Rothkopf und Bärbel Henneberger aktiv teil. Weitere Informationen unter http://amazonwatch.org/news/2014/1206-indigenous-perspectives-on-climate-change-revealed-in-massive-art-action-at-cop20.
- 5. COICA und AIDESEP beteiligten sich außerdem mit den von ihnen eingeladenen indigenen Repräsentanten und Organisationen am öffentlichen Gegengipfel, dem Cumbre de los Pueblos. Informationen zu von AIDESEP u.a. organisierten Veranstaltungen z.B. unter http://cumbrepuebloscop20.org/es/victoria-tauli-corpuz-estoy-mas-contenta-de-estar-aqui-que-enla-cumbre-oficial/ sowie zu der Erklärung des Cumbre, die am 11.12. an die COP 20 überreicht wurde, unter http://cumbrepuebloscop20.org/es/conozca-la-declaracion-de-lima-y-su-entrega-lacop-20/. Die Forderungen des Gegengipfels wurden am 10.12. in der Gran Marcha de los Pueblos, einer großen Demonstration durch das Zentrum Limas, zum Ausdruck gebracht. INFOE und die von INFOE organisierten freiwilligen Helfer nahmen an dieser friedlichen Demonstration an der Seite ihrer KollegInnen von der COICA und zusammen mit vielen RepräsentantInnen internationaler indigener und zivilgesellschaftlicher Organisationen teil. Bei der Abschlusskundgebung auf der Plaza San Martín erklärten so neben den VertreterInnen aus Amazonien und dem andinen Raum sowie Mittelamerika auch zwei Indigene aus Nordamerika ihre Solidarität mit dem Widerstand gegen die Zerstörung Amazoniens und der Forderung nach dem Schutz indigener Territorien für den Klimaschutz, indem sie für die Versammelten ein Lied sangen, das auch in spiritueller Hinsicht Kraft verleihen sollte.

INFOE nahm an all den oben genannten Veranstaltungen aktiv teil. Auf dem offiziellen, nur mit Akkreditierung zugänglichen Gelände haben wir bei Pressekonferenzen, Side Events und bilateralen Gesprächen für die indigenen RepräsentantInnen gedolmetscht, wozu auch die Einweisung, Koordination und Leitung des Teams der akkreditierten Freiwilligen gehörte.

Am 4.12.2014 fand ein **Side Event zum Thema "REDD and Beyond: International and Indigenous Strategies in Forest Protection"** statt, der gemeinschaftlich vom Klimabündnis, der Lund University, BECC, dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (d i e), der giz, OroVerde und INFOE organisiert und durchgeführt wurde und im Rahmen dessen der Präsident AIDESEPs, Alberto Pizango, die Besonderheiten des Konzepts REDD+ Indígena Amazónico (RIA) deutlich machte – dem indigenen Vorschlag zum Waldschutz, der sich nicht auf den Aspekt CO2 beschränkt, offsets ablehnt und in bisher fünf weitgehend geplanten Pilotprojekten die traditionelle Lebensweise fördern möchte.

Wir freuen uns, dass in vielfacher Hinsicht die Möglichkeit der Vermittlung von Kontakten zu indigenen RepräsentantInnen und Übermittlung indigener Anliegen durch INFOE von VertreterInnen internationaler NRO, aber auch der EU- und der Delegationen der Bundesregierung in Anspruch genommen wurde. Wir haben zahlreiche Gespräche zu unseren Tätigkeiten und Zielen und Interviews geführt und sind dankbar für die Gelegenheit, dass wir u.a. ein ausführliches Gespräch zwischen der COICA und der Delegation des BMUB sowie der Bundestagsabgeordneten am 12.12. koordinieren und an selbigem teilnehmen konnten. Diese Kontakte und Treffen sind das Ergebnis (und Ziel...) der langjährigen Aktivitäten und Zusammenarbeit INFOEs auch mit Institutionen der deutschen Regierung wie dem BMZ und dem BMUB. Wir danken auch Michael Schrick von der Informationsstelle Peru für die Vermittlung von wichtigen Kontakten im Rahmen der COP.

Wir freuen uns und danken dafür, dass das von der Informationsstelle Peru über Hildegard Willer koordinierte Team der **Klimareporteros** täglich Berichte über und um die COP 20 veröffentlichte, die auf der homepage der Informationsstelle Peru (www.infostelle-peru.de) abgerufen werden können und in verschiedenen Beiträgen ebenfalls den indigenen RepräsentantInnen und ihren Anliegen eine Stimme verleihen.

Eine "deutsche" bzw. "englische" Stimme haben den spanischsprachigen Beiträgen indigener RepräsentantInnen die von INFOE und Informationsstelle Peru organisierten Freiwilligen Dustin Simone, Julian Oppler und Keith Madden mit dem Dolmetschen der Veranstaltungen in Voces Por el Clima und auf dem Cumbre de los Pueblos verliehen. Für ihren Einsatz und die Begleitung der Veranstaltungen danken wir ihnen sehr.

Wir haben die Enttäuschung und Frustration unserer indigenen KollegInnen über das Abschlussdokument am 12.12. nach zwei Wochen intensivster Verhandlungen und Aktivitäten geteilt, aus dem der Begriff "indigene Völker" aus allen Absätzen gestrichen worden war. Dieses Dokument wurde in der Verlängerung bis in die Nacht des 13.12. noch nachverhandelt, wo die indigenen und zivilgesellschaftlichen Delegierten Verbesserungen erzielen konnten. (Zu den Beschlüssen der COP vgl. http://unfccc.int/2860.php#decisions) Es stellt nun die Grundlage für die Verhandlungen bis und in Paris dar.

Wir teilen die Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Industrienationen und ihrer Unternehmen, ihre Verantwortung an den Ursachen des Klimawandels anzuerkennen und die Auswirkungen desselben auf diejenigen, die dazu am wenigsten beigetragen haben, zu bremsen und zu kompensieren.

Wie es z.B. Franco Viteri (Kichwa, Ecuador) in seiner Rede bei der Abschlussveranstaltung zum Pabellón Indígena am 12. Dezember auf dem Jockey Club-Gelände erwähnte, sehen und schätzen wir die Momente, in denen wir, die wir indigene und eben auch globale Belange unterstützen, zusammen mit unseren indigenen KollegInnen vorangeschritten sind.

Wir haben wenig Illusionen, dass dieser Weg einfach sein wird, aber wir sehen dazu auch keine Alternative und in Erinnerung an die Momente, wo die Gemeinsamkeit die Verschiedenheit der Interessen überwog, auch keine Veranlassung, diesen Weg zu verlassen.

Insofern werden wir uns gemeinsam mit unseren indigenen Partnern auf die **COP 21 in Paris vorbereiten**. Unverzichtbarer Bestandteil dieser Vorbereitungen wird der Austausch und die Koordination mit deutschen Institutionen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen sein. Unverzichtbar wird es auch sein, sich auf ein mögliches Scheitern der Verhandlungen in Paris vorzubereiten.

Wir sehen die vielen Nuancen und die Ansätze in bilateralen Gesprächen und die Notwendigkeit, neben Worten auf Konferenzen und auf dem Papier, parallel bereits jetzt konkrete Aktivitäten zum Schutz der Umwelt und Territorien zu realisieren.

Uns ist bewusst, welch ein Kraftakt die Vorbereitung und die Durchführung der Veranstaltungen in personeller Hinsicht auf allen fünf og. Ebenen vor und im Rahmen der COP sowie die Teilnahme an den Verhandlungen für die indigenen Organisationen, technischen Angestellten und RepräsentantInnen der COICA und AIDESEPS gewesen ist und unter welch eingeschränkten finanziellen und verschlechterten politischen Rahmenbedingungen für indigene Völker im Gastgeberland Peru dieser Kraftakt stattgefunden hat, sodass – parallel zu den Verhandlungen auf dem offiziellen COP-Gelände mit eingeschränkter Teilnehmerzahl – im Pabellón Indígena und auf dem Cumbre in Lima indigene Delegationen zahlenstark und mit Medien- und öffentlicher Wirkung auftreten konnten.

Wir danken nochmals für die Bereitschaft, INFOE an all den Veranstaltungsbereichen im Rahmen unserer Möglichkeiten mitwirken zu lassen. Alle Erfahrungen aus dieser Teilnahme sind für uns sehr wertvoll und zusammen mit den indigenen KollegInnen fordern wir weiterhin:

- Die **Anerkennung eines menschenrechtsbasierten Ansatzes** in der Nachfolgevereinbarung zum Kyoto-Protokoll, der die Rechte indigener Völker in den Vereinbarungen zum Klimawandel respektiert.
- Die Anerkennung und Respektierung der **Rechte indigener Völker an ihrem Land, Territorien und Rohstoffen**. Hier hat Adolfo Chávez von der CIDOB, dem Mitgliedsverband der COICA aus Bolivien, auf der COP die Frage nach indigener Autonomie angesprochen, die sicher noch verstärkt zu diskutieren ist.
- Die **Sichtbarmachung und das Aufhalten der wahren Treiber der Entwaldung,** wie sie aidesep und COICA in ihren Informationsveranstaltungen und mit ihren Veröffentlichungen auf der COP, im Pabellón Indígena (Jockey-Club / Maloca) und beim Cumbre de los Pueblos anschaulich und mit breiter öffentlicher Wirkung dargestellt haben.
- Die Anerkennung und Respektierung der Bedeutung traditionellen indigenen Wissens, insbesondere auch der indigenen Frauen, sowie traditioneller Lebensweise bei Adaptation an und Mitigation des Klimawandels. Insofern ist es uns von Seiten INFOEs auch weiterhin ein Anliegen, zum indigenen Vorschlag zum Waldschutz in Amazonien, REDD+ Indígena Amazónico, zu informieren, der auf Planes de Vida Plena der jeweiligen indigenen Gemeinschaften unter Berücksichtigung ihrer traditionellen Lebensweise basiert, aber auch andere Konzepte und Projekte vorzustellen und bekannt zu machen. Hierzu wird es eine Reihe von Informationsveranstaltungen wie workshops, Tagungen und Seminaren geben.
- Die volle und effektive Partizipation indigener Gemeinschaften an allen Aktivitäten bezüglich des Klimawandels (wie u.a. capacity building, REDD-Programmen, aber auch community-based monitoring und information systems usw.). Für Paris ist es wesentlich, die Safeguards-Regulierungen zu REDD im Sinne der Wahrung der Interessen und Rechte indigener Gemeinschaften klar zu formulieren.
- Die Sicherstellung des direkten Zugangs indigener Völker zu Finanzierungssystemen der

Vertragsstaaten und UNO sowie

• die Bereitstellung von Mitteln für die indigene Partizipation an den Verhandlungen.

Elke Falley-Rothkopf

6. Steinmeier: 24 Stunden-Besuch in Peru

Was interessiert den deutschen Aussenminister in Peru so sehr, dass er trotz Ukraine- und Griechenlandkrise die weite Reise nach Lima unternahm?

Es gibt Momente, da wird einem in Peru sehr bewusst, im toten – und damit im Vergleich zu Europa heute erstaunlich ruhigen – Winkel der Weltgeschichte zu leben. Die Pressekonferenz mit dem deutschen Aussenminister Frank-Walter Steinmeier am Samstag in Lima war ein solcher Moment. Die Ukraine-Krise und das jüngste Islamisten-Attentat in Kopenhagen bestimmten die Runde.

Warum aber nahm ein nach den Minsk-Gespraechen uebernaechtigter Aussenminister eine dreitaegige Gewalttour zuerst ueber den Atlantik nach Brasilien und dann ueber die Anden nach Peru und Kolumbien ueberhaupt auf sich, wenn es zu Hause in Europa an allen Ecken und Enden brennt? Sicher nicht, um den peruanischen Journalisten die Ukraine-Krise zu erklaeren Und sicher nicht nur, um ein Abkommen zu unterzeichnen, das es Angehoerigen von Botschaftsmitarbeitern in Peru erlaubt, einer gewerbsmaessigen Beschaeftigung nachzugehen.

Hauptanliegen des knapp eintaegigen Steinmeier-Aufenthalts in Peru war es, die politischen Beziehungen zu verstaerken – u.a. mit geplanten bilateralen regelmaessigen Konsultationsgespraechen. Und Geschaefte zu machen: Deutschland koenne gerade im Mobilitaetssektor und im Ausbau einer nachhaltigen staedtischen Infrastruktur Hilfe leisten, betonte der Aussenminister. Duerfen wir also bald die Ankuendigung erwarten, dass Siemens eine der seit Jahren im Raum stehenden Eisenbahnlinie in Peru realisiert oder mit einer weiteren Metro-Linie aufwartet?

Deutsche Unternehmen haben sich mit Direktinvestitionen in Peru bisher nicht hervorgetan. Waehrend vor allem die spanischen Telekommunikations- und Finanzunternehmen kraeftig zugriffen, als die peruanischen Staatsbetriebe in den 90-er Jahren privatisiert wurden; und waehrend US-amerikanische, australische, britische, Schweizer, mexikanische und zunehmend chinesische Firmen den Rohstoffsektor in ihrer Hand haben, ist die einzig nennenswerte deutsche Investition der Flughafen in Lima. Er wird seit 15 Jahren sehr erfolgreich von der Frankfurter Flughafengesellschaft Fraport betrieben. Ansonsten waren deutsche Firmen bisher eher daran interessiert, den neu-reichen Peruanern Maschinen, Luxus-Autos und Gummibaerchen zu verkaufen (und damit deutsche Arbeitsplaetze zu erhalten), als im Land selber zu investieren (und damit Arbeitsplaetze und Wertschoepfung in Peru zu betreiben).

Eine deutsche Offensive, bei Grossprojekten im Infrastrukturbereich mitzubieten, koennte beiden Laendern zugute kommen: den Deutschen mit Arbeitsplaetzen; den Peruanern mit einer topmodernen und oekologisch-nachhaltigen Infrastruktur.

Steinmeier betonte immer wieder die gemeinsamen Werte, die Europa und Lateinamerika verbinden. Auf dem peruanischen Hintergrund kann man das lesen als eine Anspielung Richtung China: "Ihr , Lateinamerikaner , gehoert kulturell zu uns (und nicht zu Asien)". Denn im Gegensatz zu den deutschen, sind chinesische (Staats-)Unternehmen in Peru mit ihren Milliardeninvestitionen inzwischen omnipraesent. Sie betreiben z.Bsp. die beiden groessten neuesten Kupferminen in Peru und sind der wichtigste Handelspartner.

Hildegard Willer

7. Jugendprotest: Das Sommermärchen von Lima

Limas Strassen erlebten im Dezember und Januar ein "Sommermärchen" ohnegleichen. Nachdem seit Jahrzehnten die peruanische Arbeitsgesetzgebung ausgehebelt wurde, ohne auf wesentlichen Widerstand zu treffen, gelang das bei den Jugendlichen nicht mehr. Ein Gesetz zum Abbau von Arbeitsrechten für jugendliche Arbeitnehmer brachte Zehntausende von jungen Peruanern auf die Strassen Limas. Nicht einmal sondern viermal.

Der junge Journalist Hernán Floríndez war einer von ihnen. Hier sein Testimonio:

Ich packte meine Kamara, mein selbstgemaltes Schild mit der Aufschrift: "Ich bin *cholo*, aber nicht billig", meinen Personalausweis, ein Taschentuch, eine kleine Flasche Essig und meinen Block und Bleistift. Ich sagte mir immer wieder, dass ich es nicht zulassen könne, dass dieses Gesetz uns Fesseln anlegt. Wir Jugendlichen sind keine Bürger zweiter Klasse, um einen Job zweiter Klasse zu bekommen.

Praktikum ohne Lohn

Im Sommer 2012 hatte ich meinen ersten Job, bei einem Fernsehsender. Der Vertrag war mündlich. Ich war Student und ich sollte 300 Soles (rund 90 Euro) bekommen dafür, dass ich bei der Produktion des Programms "Guten Tag, Herr Doktor" mithalf. Ich arbeitete fast zwei Monate lang; klar, ich war nicht fest angestellt. Ich hatte auch keine Kranken- oder Arbeitslosenversicherung, keine festen Arbeitszeiten. Ich erhielt keine Ausbildung, keine Überstundenbezahlung...... und auch keinen Lohn. Ich arbeitete fast 30 Stunden wöchentlich gratis, um überhaupt bleiben zu dürfen. Als ich merkte, dass sie mich nicht bezahlen würden, nahm ich ein paar ihrer Kugelschreiber und ging.

Das konnte doch nicht rechtmässig sein , dachte ich. Es kann doch nicht sein, dass unser Parlament, nur weil wir jung sind, mir die Aussichten auf eine anständige Arbeit nimmt. Ich konnte nicht zulassen, dass sie uns dazu verdammen, ohne Rechte zu arbeiten, oder mit weniger Rechten. Niemand soll einen solchen Sommer verbringen.

Ein Gesetz wie ein Strassenköter

Das neue Gesetz kam frisch geschminkt daher, wie ein Strassenköter, dem man eine rosa Schleife in den Schwanz gebunden hatte. Man würde weiter gebildet, der Job würde später in eine Festanstellung übergehen. Dafür sollst Du auf Deiner CTS (eine Art peruanischer Arbeitslosenversicherung, der Arbeitgeber muss einen Monatslohn für Dich jährlich zurückhalten, d.Red.), auf die Familienzulage, auf die Lebensversicherung, zusätzlichen Monatslohn verzichten und mit 2 Wochen Ferien auskommen. Arbeitsrechte, für die Generationen unserer Eltern und Grosseltern gekämpft hatten, wurden so innerhalb von zwei Wochen Schall und Rauch. Innerhalb

von zwei Wochen wurde per Dekret die Arbeisgesetzgebung für junge Arbeitnehmer für null und nichtig erklärt. Auf einmal hatten wir keine Rechte mehr, waren keine Bürger mehr, sondern nur noch ein Kostenfaktor.

Aber sie hatten nicht mit unserem Widerstand gerechnet. Zwei Tage nachdem das neue Jugendarbeitsgesetz im Amtsblatt bekannt gegeben wurde, waren wir schon auf der Strasse, wie einst unsere Eltern, im Zentrum Limas. Wir wollten unsere Botschaft spontan dem Arbeitgeberverband Confiep (Confederacion Nacional de Instituciones Empresariales Privadas) überbringen; dort schlägt das Herz der peruanischen Privatwirtschaft, das den Neoliberalismus ins Land pumpt, und die am meisten von dem neuen Gesetz profitieren würde.

Jugendliche organisieren sich

30 000 Jugendliche marschierten auf der Avenida Arequipa, die die historische Altstadt Limas mit dem modernen Viertel Miraflores verbindet. Nie zuvor gab es hier Protestmärsche. Deswegen ging die Polizei auch hart gegen uns vor: Schlagstöcke, Tränengas und eingeschleuste V-Männer spalteten den Marsch in zwei Teile. Ein Teil der Protestanten wurde in der Avenida Arequipa zurückgehalten, der andere gelangte bis zum Parque Kennedy in Miraflores, wo die Polizei uns erwartete. 12 Personen wurden festgenommen. Dennoch fragten wir uns, was schief gelaufen war. Wir beschlossen, dass wir uns nun nach Distrikten organisieren würden. Es bildeten sich 14 unabhängige Jugendgruppen pro Distrikt, sogenannte "Zonas", die die Route für den nächsten Protestmarsch festlegten.

Die Organisation funktionierte, um das Gesetz zu kippen. Wir organisierten Info-Abende in Schulen, künstlerische Strassenaktionen, Wandmalereien und riefen die politischen Parteien, Gewerkschaften und Studierendenverbände auf, mitzumachen. So kam es zu den nächsten vier Protestmärschen.

Seit mehr als 50 Jahren hatten nicht so viele junge Menschen in den Strassen Limas protestiert. Endlich, am 26. Januar, mit 14 Zonen-Protestgruppen vor dem peruanischen Kongress, wurde das Gesetz gekippt. Was unsere Grosseltern sagten, stimmte: ohne Kampf, kein Sieg. Der 26. Januar wurde zu einem grossen Strassenfest. Wir nahmen uns an der Hand und tanzten auf der Plaza San Martín. Jede "Zona" feierte mit ihrer Musik, ihren Slogans, ihren Rhythmen, aber immer mit einem Lächeln. Weder im Kampf noch im Sieg, darf man das Lächeln verlieren.

Wir haben das Gesetz gekippt. Die "Zonas" haben ihren Zweck erfüllt. Es gibt nun Diskussionen darum, wie die Jugendorganisation weiterfahren kann: einige möchten aufhören; andere möchten sich nationale Reformen als neues Ziel vornehmen. Der Sommer geht zu Ende, das Semester beginnt. Aber unser Kampf kennt keine Ferien.

Hernán Padilla Floríndez studiert Journalismus im letzten Semester und war aktiver KLima-Reportero

8. José Ugaz: "Wir haben in Peru unsere Lektion nicht gelernt"

Der peruanische Jurist José Ugaz war als Sonderstaatsanwalt massgeblich für die Aufdeckung der Montesinos-Fujimori-Konten Anfang des Jahrtausends. Seit Oktober 2014 ist er Vorsitzender der internationalen Anti-Korruptions-NGO *Transparency International*. Am 19. Januar beantwortete er Fragen der Auslandspresse in Lima

Die Korruption in Peru ist nicht abhängig von der wirtschaftlichen Konjunktur, sondern ist strukturell verankert. Grund sei das koloniale Muster mit seinem Klientelismus, das bis heute in der peruanischen Gesellschaft verankert sei.

Dies betont José Ugaz immer wieder. Die derzeit in der peruanischen Presse hochgespielten Korruptionsanschuldigungen gegen das peruanische Präsidentenpaar besorgen ihn dagegen weniger.

Die Korruptionsfälle, die dem heutigen Präsidenten Ollanta Humala vorgeworfen würden,so Ugaz, stünden weit hinter der systematisch aufgezogenen Korruption des Fujimori-Montesinos-Regimes zurück. Soviel er feststellen könne, sei Humala selber ein ehrlicher Präsident, habe aber seinen Apparat nicht unbedingt im Griff. Mehr als der peruanische Präsident, besorgt Ugaz die laxe Haltung der peruanischen Bürger zum Thema Korruption. "Korruption ist ein normales Geschäft geworden, das einem beim sozialen Aufstieg hilft", kommentiert er z.Bsp. die 55% der Wähler Limas, die den Kandidaten mit dem Spruch "Er stiehlt zwar, aber tut auch was für uns" ("Roba pero hace obras") gewählt haben. Weder sei der peruanische Staatsapparat, noch die politischen Parteien von ihrer korrupten Vergangenheit gesäubert worden.

"Wir haben unsere Lektion aus der Fujimori-Montesinos-Korruption nicht gelernt", lautet die bittere Bilanz de José Ugaz. "Frage einen peruanischen Jugendlichen, und viele wissen nicht, wer Vladiminiro Montesinos ist". Korruptionsbekämpfung ist bis heute kein Thema für den peruanischen Lehrplan.

José Ugaz hatte als Sonderstaatsanwalt nicht nur den wichtigsten Korruptionsfall der jüngeren peruanischen Geschichte zu untersuchen – die Korruption unter dem Duo Fujimori – Montesinos; er war auch mehrere Jahre bei der Weltbank für Korruptionsbekämpfung zuständig. Nun ist er zur Zivilgesellschaft zurückgekehrt und präsidiert die internationale NGO Transparency International, die ihr Hauptbüro in Berlin unterhält.

Auch international sehe es bei der Korruptionsbekämpfung nicht viel besser aus. In Lateinamerika seien die Korruptionszahlen bestenfalls auf dem gleichen Niveau geblieben. Auch bei den am wenigsten korrupten Ländern der Region – Chile und Uruguay – sei es mit der Korruptionsbekämpfung im letzten Jahr nicht mehr voran gegangen. Und die Korruption sei auch keineswegs auf die Entwicklungsländer beschränkt: "Auch in Europa gibt es grosse Korruptionsfälle".

Für seinen Verband *Transparency International* sei es wichtig, eine militantere Rolle als bisher zusammen mit der Zivilgesellschaft einzunehmen, "da wo es keine legale Handhabe gibt, müssen wir soziale Sanktionen gegen Korruption suchen". Wichtig sei auch, dass die G20-Staaten bei ihrem nächsten Gipfeltreffen beschliessen, dass die Steuerparadiese die Begünstigten ihrer Off-Shore-Firmen offen legen müssen, oder dass ein Korruptionsverdacht z.Bsp. genüge, um Einreisevisa zu verweigern.

Waren vor zwanzig Jahren die Privatisierung der Staatsbetriebe , Waffenkäufe und der Drogenhandel die grossen korruptionsanfälligen Geschäftsfelder in Peru, so seien dies heute der boomende Bausektor sowie das organisierte Verbrechen, das nicht nur den Drogenhandel, sondern auch Menschenhandel und "eigentlich alles, was man illegal über Grenzen schaffen kann", umfasse.

Peru galt – aufgrund seiner gründlichen Aufarbeitung der Fujimori-Montesinos-Korruption – lange Zeit als Vorreiter der Korruptionsbekämpfung. Wenn er aber heute sehe, dass die beiden der

Korruption beschuldigten Alan Garcia und Keiko Fujimori als aussichtsreichste Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2016 gelten, so José Ugaz, dann bekäme dieses Bild schon einige Risse.

Hildegard Willer

9. Holzmafia im peruanischen Regenwald

Morddrohungen statt Landtitel

Im September 2014 hatten illegale Holzfälle vier Asháninka-Führer aus dem Dorf Tamaya Saweto an der brasilianischen Grenze ermordet. Was hat sich seitdem getan ?Danach gab es eine große politische Hektik und alle nur möglichen Zusagen "jetzt alles zu tun, damit die Menschen in diesem Dorf und in dieser Region friedlich leben können". Das war im September 2014, als die Kameras beim Weltklimagipfel im Dezember 2014 in Lima solche Aussagen festhielten.

Wie so oft: Die Wirklichkeit ist leider anders. Die Zeitung *La República* deckte auf: Sowohl die Witwen der Ermordeten wie deren Anwalt(Raúl Lunasco) und der neue Präsident der Asháninka-Federation Reider Quinticuari (Asoc. de Comunidades Asháninka de Masisea y Callería) sind weiterhin massiv Morddrohungen ausgesetzt.

Dem zuständigen Ermittlungsrichter Eder Farfán werden nicht die notwendigen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt, um gründlich arbeiten zu können. Dabei hat der ermordete Asháninkaführer Edwin Chota der Justiz die Arbeit sehr leicht gemacht: Er hatte in seinem Tagebuch notiert, dass die illegalen Holzfäller Enrico Mapez und Hugo Soria F. Morddrohungen gegen ihn geäussert hätten: Und dass dahinter Unternehmer wie José Estrada Huayla, Besitzer von Ecofisac, stünden, die Besitzer der unrechtmäßig von der Regionalregierung erteilten Konzession für dieses Waldgebiet.

Angesichts der Untätigkeit der zuständigen Stellen haben die Witwen mit Hilfe indigener Organisationen, einen Privatdektiv beauftragt. Je mehr der ans Tageslicht bringt, speziell über die wirtschaftlichen Hintermänner, desto stärker wird der Psychokrieg gegen die Indigenen. Aus Angst bleiben die Witwen weiterhin in der Departementshauptstadt Pucallpa.

Der neue Präsident der Asháninkaföderation betont, dass die schleppende Arbeit von Polizei und Justiz wohl auch damit zusammenhängt, dass wichtige Unternehmer in der Stadt Pucallpa im zentralen Regenwald hinter der Abholzung stehen und "Ruhe" wollen, auch wenn das mehr Tote kostet

(La República, 3.1.15, Übers. Heinz Schulze)

Der Mahagoni Baron und die Regenwaldzerstörung

Wer sich mit den Problemen der massiven Abholzung des peruanischen Regenwaldes beschäftigt, kommt an den Familien"betrieb" Bozovich nicht vorbei. Laut Recherchen des Journalisten Oscar Guerrero Bojorquez hat diese Familie Niederlassungen in den USA und in Mexiko. Bozovich ist für Guerrero der Inbegriff der organisierten Holzmafia. Wer sich dagegen stellt, würde Verfolgung und sein Leben riskieren.

Der Export von Holz aus dem peruanischen Regenwald besteht zu 70% aus illegaler Abholzung mit

entsprechender großer planmäßig betriebener Korruption. Die Weltbank spricht davon, dass die hierbei eingesetzten Methoden denen im Drogengeschäft ähneln, denn es geht um Millionen von Dollar.

Der ehemalige Ermittlungsrichter für die besonders von dieser Abholzung betroffenen Urwaldregion Ucayali, Francisco Berrospi, wies die Beteiligung von staatlichen Funktionären und auch Richtern nach.

Die illegale Abholzung entzog dem peruanischen Staat zwischen 2009-2013 ca. 31 Millionen an Steuern. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass über 33.000 Menschen in quasi sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen schuften müssen.

Eine makabre Spielart in diesem Geschäft ist die Gefügigmachung Indigener. Der "padron", der Unternehmer, gibt als Spende Reis, Stiefel, Gewehre, Töpfe etc. an eine indigene Dorfgemeinschaft. Das lässt er sich vom Dorfchef quittieren und trägt später eine viel höhere Summe ein als "Anzahlung" für die Überlassung von einer größeren Anzahl an Bäumen. Diesen "Vertrag" müssen dann die BewohnerInnen der so betrogenen Dorfgemeinschaft erfüllen. Das wird oft durch die Anwesenheit eines Polizisten "bekräftigt". Diese massive Abholzung schadet den Indigenen sehr. Es fehlt dann an Früchten und Tieren, es fehlen dann die Grundlagen für ein Leben vom und im Regenwald.

In jüngster Zeit lassen sich, auch in abgelegenen Regionen lebende Indigenen dieses Vorgehen nicht mehr gefallen. Die Organisat1ion FENAMAD, die Föderation der Indigenen am Fluss Madre de Dios im südlichen Regenwald, hat deshalb eine Klage vor dem Internationalen Handelsgericht in New York eingereicht.

(Oscar Guerrero Bojorquez, La tala de madera: Estado y capital coludidos en una mafia institucionalizada, Servindi, 21.9.14 sowie weitere Informationen aus Peru, Anfang Januar 2015, Heinz Schulze)

10. Erdgas in Peru: Pro und Contra

Die peruanischen Politiker verkaufen die heimische Erdgasförderung als grossen Erfolg für Peru: billiges Gas für Autos, Direkt-Gasleitungen für die Haushalte. Die lokale Bevölkerung in den Fördergebieten dagegen kritisiert die Umweltverschmutzung durch die Erdgasförderung. Welches Argument überwiegt? Heinz Schulze hat verschiedene Sektoren Perus nach ihrer Meinung zumThema Erdgas befragt.

Als Umwelt-und Regenwaldgruppen kritisieren wir Firmen, die z.B. im südlichen peruanischen Regenwald Erdgas fördern. Dort wurden die grossen Gasfelder Camisea I und Camisea II im Tiefland des Departements Cusco industriell erschlossen.

Dabei werden Menschenrechte der indigenen Bevölkerung verletzt, das Überleben unkontaktierter Indigenen stark gefährdet.

Das ist eine Seite. Aber das Gas, das in Peru verbleibt, erleichtert das Leben in den Städten. Deshalb habe ich Bekannte aus diversen Regionen Perus zu diesem Konflikt befragt. Einige antworten:

"Ja, wir in Lima kochen mit Gas von Camisea. Das ist um 50% billiger als früher, wo wir Gasballons kaufen mussten. Wir sind als Konsumenten auch Komplizen." (Anmerkung: Das trifft auch für uns mit Erdgas aus Russland via der Ukraine zu, H.Sch.)

Eine Rückmeldung aus den Anden: (Ayacucho):

..... Seit über einem Jahr verbot die Regierung den Verkauf von Kerosin (in entsprechenden

Andenregionen), weil Kerosin auch benötigt wird, um aus Cocablättern Kokain herzustellen. Kerosin war aber auch Energie für arme und ärmste Menschen, denn das kann man auch in kleinen Mengen kaufen, z.B. 1-Liter-Flaschen, je nach vorhandenem Geld. Damit kann man auf "Herden" kochen, die nur mit Kerosin funktionieren. Jetzt müssen diese Menschen entweder mit Holz kochen oder mit Gasflaschen, die sehr teuer sind. Hier wäre Erdgas aus dem Regenwald eine gute Alternative, auch für die Umwelt in den Anden"...

Eine Rückmeldung aus den südlichen Anden:

"... In den Städten wie in Cusco gab es größere Demonstrationen "pro Erdgas" quasi aus der regionalen Nachbarschaft, dem amazonischen Regenwald, um günstig und sauber kochen zu können"...

Ein Kommentar einer aktiven Umweltschützerin aus Lima:

"... Es gibt keine Nutzung von Ressourcen ohne Auswirkung auf die Umwelt. Diese muss so gering wie nötig gehalten werden... Für mich ist es wichtig, dass besonders für die arme Bevölkerung dieses günstige Gas, das wir selbst produzieren, vor allen Dingen für uns in Peru zur Verfügung stehen muss. Ich bin dagegen, dass das Gas verstärkt in das Ausland verkauft wird."

Indigene Organisationen:

Indigene Organisationen der betroffenen Region fordern zu Protesten auf, um die Zerstörung des Regenwaldes, auch durch Lecks in den Pipelines zu beenden. Die Proteste richten sich besonders gegen die Betreiberin, die brasilianische Firma Odebrecht.

Arbeiter bei diesem Projekt streikten für bessere Arbeitsbedingungen.

Im Einzugsgebiet von **Echarate**, **dem reichsten Distrikt in Peru**, kochen die Menschen aber noch mit Holz:

Der Landkreis Echarate (ca. 40.000 Einwohner) ist wohl der reichste Landkreis in Peru. Dorthin fließt sehr viel Steuergeld aus der Gasproduktion von Camisea. Je nach den

Unternehmensgewinnen sind das zwischen 200-900 Millionen Soles (bis 300 Mio. € bei 40.000 BewohnerInnen) pro Jahr. Aber, in diesem Distrikt sind ca.50% der Bewohner arm, haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, keine Abwassersysteme und, sie kochen mit Holz – in der Erdgas-Region!

Mit Gas zu kochen ist dort nur möglich mit Gas-Flaschen. Eine Gasflasche zu 10 kg. kostet 65 Soles (ca. 20,-€). Dieser hohe Preis entsteht dadurch, dass die Gasflaschen in der weit entfernten Hauptstadt Lima gefüllt und dann über 1.000 km in das Gasgebiet transportiert wird. Ein Großteil der Kinder sind mangel – bzw. sogar unterernährt, viele leiden, laut an Parasiten.

Die Distriktpolitiker gaben das viele Geld nicht für Basisbedürfnisse aus, sondern z.B. für ein beheiztes Schwimmbad mit Rutschbahn oder den Bau eines Rathauses mit fünf Stockwerken. Kosten jeweils über 10 Millionen Soles.

Die ehemaligen Bürgermeister Elio Pro Herrera und José Rios Alvarez haben mit viel krimineller Energie ihren Anteil am Gas-Steuergeld eingesackt. Pro Herrero wurde zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt, Rios Alvarez ist auf der Flucht. (*La República 23.1.15*).

Und die **Perspektiven**: Anfang 2016 soll die Produktion durch die Ausweitung der Erdgasleitungen weiter steigen auf 450 Millionen Kubikfuß anstatt aktuell von 314 Millionen Kubikfuß.

Die Verarbeitungsanlage am Zielort Chilca (Südküste) ist, laut Energie-und Bergwerksministerium zwar stark erdbebengefährdet, aber die Anlagen überleben auch starke Erdbeben. (*Lima, Ministerio Energia y Minas, 19.1.2015*).

Schlussfragen:

Soll mensch aus Deutschland, der mit Erdgas heizt, die Regenwaldzerstörung anprangern? Oder,

zugunsten einer geringeren Abholzung für Brennholz, und zugunster der gewerkschaftlich organisierten Gasarbeiter, die Gasförderung unterstützen ? Die Diskussion ist hiermit eröffnet.

Heinz Schulze

11. Verschiedenes: Regionalwahlen – Unkontaktierte Indigenas

Am 5. Oktober fanden in Peru die Regional- und Kommunalwahlen statt. Gerade für die von Bergbaukonflikten bedrängten Regionen ist es wichtig, wer die Regionalregierung stellt. Hier die wichtigsten Ergebnisse aus den Bergbauregionen: **Die Region Cajamarca in den Nordanden** Hier gewann im ersten Wahlgang der Kandidat der MAS, Gregorio Santos, erneut die Regionalwahlen mit 44,27%. – obwohl er sich während des Wahlkampfes und bis heute in Untersuchungshaft wegen Korruptionvorwürfen befindet. Dieser Wahlerfolg beruht auf den Stimmen der Landbevölkerung wegen seiner Opposition zum geplanten Bergbauprojekt Conga der Firma Yanacocha. Die Pro-Stimmen für G. Santos gründen sich auf die zu erwartenden Umweltprobleme, speziell dem Verlust der kleinen Seen und Wasserreserven für Mensch und Landwirtschaft. Bis zur rechtlichen Klärung der Vorwürfe gegen G. Santos ist sein Stellvertreter, Porfirio Medina, amtierender Regionalpräsident in Cajamarca. Er ist ein nicht minder radikaler Gegner des Conga-Projekts, soll aber diplomatischer agieren.

Region Madre de Dios im süd-östlichen Regenwald

In dieser Region gibt es große soziale und Umweltprobleme. Die Ursache dafür ist die informelle bzw. illegale/kriminelle Goldförderung. Hier gewann im zweiten Wahlgang Luis Otsuka Salazar. Otsuka war bis zu seiner Wahl Präsident des, Zusammenschlusses (Federation) der informellen Goldsucher (FEDEMIN). In dieser Organisation waren aber auch kriminelle Goldsucherfirmen, die mit großen Maschinen am Fluss Madre de Dios aktiv sind, und mit großen Maschinen den Regenwald zerstören, auch im Schutzgebiet Tambopata.

Die Goldproduktion ist in dieser Region der Hauptwirtschaftsmotor. Madre de Dios ist die Regenwaldregion in Peru mit der größten Waldzerstörung. Otsuko Salazar hat angekündigt, dass er aus Madre de Dios eine Region des Wohlstands und sozialen Friedens machen wird, und die informellen Goldsucher in die Lage versetzen, dass sie legalisiert werden. Über andere Alternativen für die Erzielung des versprochenen Wohlstands gibt es noch keine Aussagen.

Region Ica an der südlichen Küste

Auch diese Region ist von Problemen der Bergbautätigkeit stark betroffen. In Ica funktionieren auch Goldraffinerien, die aus dem Rohgestein mittels Zyanidlaugung das Gold herauswaschen. Hier gewann Fernando Cillóniz die Wahlen im zweiten Durchgang mit 55%. Er setzte sich im Wahlkampf dafür ein, die illegalen Bergwerksaktivitäten u.a. durch Erleichterung der Vorschriften zu erleichtern. Cillóniz wurde im Wahlkampf intensiv von Miguel Santillana (Wirtschaftler, Universität San Martin de Porres) der sich zwar gegen eine Drogenökonomie in Peru aussprach, aber mehrere Bergwerksunternehmen bei Konflikten "in Schutz nahm" und erklärte, die Region Ica würde jetzt eine der größten Bergwerksregionen Perus werden. Herr Santillana hat immer wieder als eine besondere Aufgabe betrachtet, bergbaukritische Nichtregierungsorganisationen in Peru und Europa anzugreifen und zu diffamieren. Darüber wurde früher in den InfoPeru berichtet. Servindi, Comercio, soziale Netzwerke. 31.12.14, Einarbeitung Heinz Schulze

2. Unkontaktierte Indigene attackieren Dorf im südlichen Regenwald

Im südöstlichen peruanischen Regenwald gab es in letzter Zeit immer wieder kleine Attacken von indigenen Gruppen, die in freiwilliger Isolation leben.

Am 19.12.2014 gab es einen größeren Überfall in der Dorfgemeinschaft Monte Salvado, ca. 150 km nordöstlich der Regionalhauptstadt Puerto Maldonado (Dpt. Madre de Dios). Im Dorf Salvado leben die Yine, die in den letzten Jahren aus der Region Ucayali zugewandert sind, weil sie dort vertrieben wurden bzw. keine Lebensmöglichkeiten mehr hatten.

Die 300 "Unkontaktierten" waren mit Pfeil und Bogen und Lanzen bewaffnet. Im Dorf waren zu dem Zeitpunkt, wegen Teilnahme an Kommunal-und Regionalwahlen, wenige Menschen. Die attackierenden Indigenen zerstörten die Behausungen, Kleidung, Töpfe etc. Sie suchten besonders nach Nahrungsmitteln. Seriöse Kommentare zeigen die Ursachen für diesen Überfall auf: In der Region wird das Territorium der Mashco-Piros immer mehr eingeschränkt. Verantwortlich sind Erdgas-und Erdölfirmen, Holzfäller und unverantwortliche Touristikunternehmen. Schonender, angepasster Tourismus kann ein positiver Beitrag zur lokalen Entwicklung im Regenwald sein. Pervers wird er, wenn Extratouren als Fotosafaris bei "wilden Indianern" dort angeboten werden, und, damit die "Unsichtbaren" sichtbar werden, sie Kleidung, Lebensmittel, Coca Cola usw. am Flussstrand auslegen. Sie alle machen Lärm, vertreiben die Tiere, Erdgas-und Erdölfirmen vergiften die Flüsse und vergiften den Regenwald und lassen den unkontaktierten Indigenen immer weniger Chancen für ihr Leben.

Gut wäre es, wenn die Gelder für den Klimafonds aus Europa und Deutschland dafür eingesetzt werden, das Territorium auch der unkontaktierten Indigenen und damit den amazonischen Regenwald zu schützen.

(Diverse Zeitungs- und Internet-Informationen im Dezember 2014, eingearbeitet: Heinz Schulze)

12. Veranstaltungen

Berlin

Mittwoch, 25. Februar 2015, 18 Uhr

Rundgang durch die Fotoausstellung "Menschen aus Cajamarca – so fern und doch so nah"

Ein informativer und stimmungsvoller Abend mit interessanten Gästen, peruanischer Musik und einem exklusiven Rundgang mit den Fotografen Dr. Ida Beier und Werner Laube

Ort: Volkshochschule Treptow-Köpenick, Baumschulenstr. 79-81, 12437 Berlin, 1. Etage

Die Fotoausstellung ist noch bis zum 18.04.2015 zu sehen

Tettnang

Entwicklungspolitische Veranstaltungsreihe zur Fastenzeit

Dienstag, 10.03.2015, 19.30

Alles fair oder was? Wie fair ist der Faire Handel?

Thomas Hoyer (Geschäftsführer dwp eG Ravensburg) und der Journalist Caspar Dohmen (Buchautor "Otto Moralverbraucher", orell füssili, 2014)

Mittwoch, 18.03.2015, 19.30

Für eine gerechtere Welt: Global denken - lokal handeln

Mit Wolfgang Kessler, Chefredakteur der Zeitschrift Publik-Forum

Dienstag, 24.03.2015, 19.30

Faire Kleidung - (wie) geht das?

Antje von Dewitz (Geschäftsführerin vaude Obereisenbach), Katharina Schaus (Geschäftsführerin it fits Konstanz) und Anton Vaas (Geschäftsführer aktion hoffnung Rottenburg-Stuttgart)

Ort aller drei Veranstaltungen: Gemeindezentrum St. Gallus, Tettnang

Die Veranstaltungsreihe wird organisiert vom Arbeitskreis Peru, der aktion Hoffnung, Kolping und dem Frauenbund von der Kirchengemeinde St. Gallus und mit der Evangelischen Martin-Luther-Kirchengemeinde .

Der Flyer mit ausführlichem Programm kann hier heruntergeladen werden Fairbessern Flyer

Köln

Mittwoch, 25. März 2015, 20.15 Uhr

Peru-Stammtisch mit Bericht und Diskussion zur COP 20 in Lima

Ort: Umwelt- und Verkehrszentrum des Bürgerzentrums Alte Feuerwache/Büro INFOE, Melchiorstr. 3, 50670 Köln

Info: elke@infoe.de

Freiburg

Donnerstag, 26. März, 20h

Peru-Stammtisch

Ort: Café Satz, Guntramstraße 57/Ecke Wannerstraße (StraBa 1, 3, 5, Bus14, Station Eschholzstraße)

Köln

Freitag, 24. April – Sonntag, 26. April 2015

Peru-Seminar der Infostelle Peru zum Thema

"Größenwahn, Exportorientierung – gibt es machbare Alternativen? Wirtschaftsentwicklung und Umweltprobleme in Peru"

Programm zum Herunterladen <u>AusschrPeruSem0415.flyer</u> Infos und Anmeldung bei: merk@infostelle-peru.de

• Freiburg i. Br.

Montag, 04. Mai 2015, 19:00 - 22:00

"Ein gutes Leben - ohne Wachstum?!

Zukunftsfähige Konzepte für Mensch, Umwelt und Wirtschaft in der Einen Welt"

Katholische Akademie Freiburg, Wintererstr. 1

Infos bei: merk@infostelle-peru.de

• CH - St Maurice /Wallis

3. - 6. August 2015

Encuentro de Solidaridad Europa - Perú

Lugar: Abadía de St Maurice, Wallis, Schweiz

Contacto: Miguel Ambrosio Rey (reydewer@stmaurice.ch), Paul Mathis (pmathis@gmx.ch)

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.